

# Wilsdruffer Tageblatt

Fortsetzer Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Dresden 2640

Abdruck ist mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Druckpreis bei Einzahlung monatlich 3 M., durch unser Bureau gegen Einzahlung in der Stadt monatlich 5,50 M., auf dem Lande 6,50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 17,25 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Poststellen und Postämter sowie unsere Redaktionen und Geschäftsstellen nehmen jedenzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Unfälle, die die Zustellung der Zeitung verhindern, ist der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Intensionspreis 1,50 M. für die 6 getragene Receptzelle oder deren Raum, Marken, die 2 postfreie Receptzelle 3,50 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 getragene Receptzelle 4,50 M. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Aufträge übernehmen wir keine Garantie. Jeder Receptanspruch erlischt, wenn der Beitrag durch Ringe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 247.

Freitag den 21. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

Für einen 10jährigen Jungen wird baldigst eine Ziehstelle, möglichst auf dem Lande, gesucht. Meldungen bis 26. Oktober 1921 erbeten. Wilsdruff, am 19. Oktober 1921.

Der Stadtrat.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Nach einer Reitermeldung haben sich alle alliierten Regierungen damit einverstanden erklärt, die Vorschläge des Völkerbundrates in bezug auf Oberschlesien ohne Vorbehalt anzunehmen.

\* Der frühere König Ludwig III. von Bayern ist auf seiner Besichtigung in Ungarn gestorben.

\* An der ober-schlesischen Grenze bei Rosenburg kam es zu einem nächtlichen Gefecht mit vorgestoßenen polnischen Truppen.

### Zwischen zwei Feuern

Nach dem Vertrag von Wiesbaden und nach dem sogenannten Schiedspruch von Genf kann der französische Ministerpräsident sich getrost wieder einmal vor der Kammer der Republik stellen lassen. Er weiß, daß ihn auf diesem heißen Boden harte Kämpfe erwarten, daß seine Gegner vor und hinter den Kulissen rastlos an der Arbeit sind, ihm ein Bein zu stellen. Aber ein so alter parlamentarischer Kämpfer und Klopffechter, wie Herr Briand, hat das Fährden längst verlernt. Das politische Terrain ist sorgfältig vorbereitet, und schon das erste Gefecht, das sich in der Eröffnungsitzung am Dienstag ergab, ließ erkennen, daß Herr Briand auch diesmal wieder seiner Sache absolut sicher zu sein glaubt.

Zunächst ließ er, wie der parlamentarische Gebrauch es vorschreibt, den Interpellanten den Vortritt. Der eine bedauerte, daß Deutschland nur einen Teil von Oberschlesien verlieren solle, und daß der ihm verbleibende Rest noch immer einen maßgebenden und wirksamen Einfluß im gesamten Arbeitsbezirk von Oberschlesien gewährt. Der andere, der Redner der sozialistischen Fraktion, hatte an der Haltung der Regierung in der russischen Unterwerfungssache viel auszusetzen. Warum sie sich nicht den humanen Grundgedanken von Freithof angeschlossen habe, jetzt, wo es noch Zeit sei, Rußland zu helfen? Briand brachte hier sofort eine kurze Erwiderung an, indem er versicherte, daß er keinerlei Hintergedanken in dieser Frage habe, und nur den Hungernden zu Hilfe kommen möchte, doch müsse man sich unter allen Umständen dessen vergewissern, daß die Hilfeleistung tatsächlich ihren Zweck erreiche und die Mägen mit Nahrungsmitteln, die man nach Rußland schicken wolle, nicht unterwegs geplündert würden. Ein dritter Interpellationsredner, Royalist seines Zeichens, zeigte sich sehr aufgebracht darüber, daß man die wirtschaftlichen Sanktionen im Rheingebiet fünf Wochen nach der Ermordung des Kommandanten Montalgre aufgehoben habe. Die französische Regierung scheine trotz der Lehren der Geschichte die Haltung des Besiegten anzunehmen zu wollen, die vor dem Abschluß des Friedens von Versailles hätte gebilligt werden können, aber jetzt nicht mehr zulässig sei. Mit der Verurteilung des Mörders jenes Kommandanten zu fünf Jahren Gefängnis hätte man sich ohne weiteres zufrieden gegeben. Die Regierung habe in dieser Frage ihre Pflicht nicht getan, und die Folge werde sein, daß die nachfolgenden Regierungen einen neuen Krieg führen müßten.

Herr Briand hörte sich diese merkwürdigen Auslassungen mit allen Zeichen der Enttäuschung an und suchte den Redner durch protestierende Zwischenrufe aus dem Konzept zu bringen. Er mußte sich aber von ihm erwidern lassen, daß er Frankreich den Rat gegeben habe, sich die Ohren mit Baumwolle zu verklopfen, um nicht diejenigen zu hören, die schon 1913 und 1914 auf die deutsche Gefahr aufmerksam gemacht hätten. Jetzt müsse man Deutschland endlich die Hand an den Kragen legen. Die deutschen Einlagen müßten internationalisiert werden, die deutschen Industriemagnaten müßten bezahlen. Die Rechte der Kammer hielt mit ihrem Beifall nicht zurück, um dem Ministerpräsidenten zu zeigen, daß der Chauvinismus in Frankreich noch lange nicht ausgestorben ist. Ein letzter Redner endlich kam auf Oberschlesien zu sprechen und sagte, die Verzichtleistungen Frankreichs gegenüber Lothar George müßten endlich aufhören. Auch hier spielte Briand sofort den Ungeduldrigen, indem er in den Saal hineinrief: Wenn die Kammer eine Politik der Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland wünsche, die aber zu einer Isolierung Frankreichs von den übrigen Alliierten führen würde, so möge sie es klar aussprechen und alle Konsequenzen daraus ziehen. Er für seine Person sei entschlossen, die Reise nach Washington nicht anzutreten, wenn die Kammer nicht mit großer Mehrheit seiner Friedenspolitik ein Vertrauensvotum schenke. Wollte man es anders, so werde er anderen überlassen, die Politik durchzuführen, die die Kammer wünsche. Der Ministerpräsident fand mit diesen Worten den Beifall der Linken, während der Interpellationsredner mit den Worten schloß, daß die Allianz mit England zwar wertvoll sein möge, daß man aber auf sie verzichten müsse, wenn die Bande, die Frankreich und England verknüpfen, Frankreich erwürgen würden.

Auf dem Grunde dieser Rede wird nunmehr Briand

seine Antwort aufzubauen haben. Man sieht schon, worauf er hinauswill: Er, der Bailer des Londoner Ultimatus, betrachtet und bezeichnet sich als den Träger der Friedenspolitik in Europa, und jede Kritik, die ihn von seiner zurecht in Genf so erfolgreich betriebenen Methode der — Gewaltlosigkeit abdrängen wollte, wird er als eine Gefährdung französischer Interessen abweisen. Er will die Entente mit England nicht aufs Spiel setzen und doch mit den Vereinigten Staaten so fest wie nur möglich zusammenhalten. Dazu muß er Deutschland gegenüber offene Gewaltmaßnahmen vermeiden und das, was jeder Franzose wünscht, mit genannten Verträgen oder mit Schiedsprüchen zu erreichen suchen. Was wir also in Deutschland als offene oder zum mindesten heuchlerisch verschleierte Gewalt empfinden, was wir als Friedens- und Rechtsbrüche brandmarken, was wir als einen wirtschaftlichen Unverstand sondergleichen beklagen, damit wird sich Herr Briand der Kammer gegenüber brühen, um den Nachweis zu führen, daß ihm die Wahrung des Friedens ebenso am Herzen liege wie der Schutz der Interessen seines Landes. Er wird damit durchdringen, wie er auch seinen Verbündeten bisher immer die Oberhand behalten hat. Und Deutschland wird sich abermals zu seinem Leidwesen davon überzeugen müssen, wie weitestweit die Anschauungen hüten und brühen voneinander entfernt sind, wie unmöglich es ist, daß zwei Völker einträchtig zusammengehen sollen, die von so grundverschiedenen Gemütern und Empfindungen erfüllt sind wie Frankreich und Deutschland.

Briand steht zwischen zwei Feuern. Auf der einen Seite peitscht ihn der nationale Blaf der Kammer, der Deutschland am liebsten mit Stumpf und Stiel von der Erde vertilgen möchte, zu rücksichtslosestem Vorgehen gegen uns auf, dieselbe Rücksichtslosigkeit aber ist es, die den „Rückwärts“-Gedanken in Konflikt mit den Ähler und Klüger berechnenden Verbündeten bringen würde, wenn er ihre Spigen nicht geschickt zu verhüllen verstände. Es kostet Herrn Briand keine geringe Anstrengung, sich zwischen diesen zwei Feuern mit heiler Haut zu bewegen. Deutschland aber trägt die Unkosten dieser ministeriellen Akrobatik.

### Rückschläge.

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 19. Oktober.

Die Berliner Verhandlungen zur Lösung der inneren Krise, die bereits gute Fortschritte gemacht hatten und einem greifbaren Ergebnis nahegerückt waren, sind leider erneut ins Stocken gekommen. Die interfraktionellen Besprechungen haben statt weiterer Annäherung ein neues härteres Hervortreten der alten Gegenläger gezeigt, so daß im Augenblick die Lage wieder reichlich ungetrübter erscheint. Zwischen Sozialdemokratie einerseits und bürgerlichen Parteien andererseits ist noch keine Brücke über die trennenden Meinungsverschiedenheiten in den grundsätzlichen Fragen der Steuerpolitik und besonders der Anrechnung der industriellen Kredite auf die Besteuerungen gefunden worden, während die bürgerlichen Parteien unter sich, mit Einschluß des Zentrums, in diesen Punkten ziemlich einig sind. Das genügt aber nicht zur Herbeiführung einer auf die Dauer haltbaren Arbeitsgemeinschaft, und die Hoffnungen auf eine baldige Verwirklichung der sogenannten großen Koalition mußten leider wieder stark zurückgeschraubt werden.

Mit dem Fehlen der sachlichen Verständigung ist naturgemäß auch die Personenfrage wieder in den Hintergrund getreten, an deren Erörterung man selbstverständlich erst nach einer erzieltten Übereinstimmung über die Grundzüge der künftigen gemeinsamen Politik herangehen kann. Da die Sozialdemokratie wenig Neigung zum Entgegenkommen zeigt, spricht man auch nicht mehr von der Kanzlerkandidatur Loche. Andererseits finden auch die Meldungen wenig Glauben, die von der Übernahme dieses Amtes durch neue Männer des Zentrums sprechen. Vielmehr macht sich jetzt eine Strömung geltend — und zwar sowohl beim Zentrum als auch bei einem Teil der Volkspartei, — die den Wunsch vertritt, den Reichskanzler Birch bis auf weiteres in seinem Amte zu lassen. Da das auch dem ständigen geduldeten Wunsche der Sozialdemokraten (nicht aber der Demokraten) entspricht, so steht man ungefähr wieder auf dem Punkte, von dem die Verhandlungen ausgingen. Höchstens kann man von einem inzwiischen beobachteten engeren Anschluß des Zentrums an die anderen bürgerlichen Parteien sprechen. Eine Klärung der Situation ist wieder in keiner Weise zu erkennen, steht doch im Augenblick nicht einmal mehr der beiden noch als unabänderlich betrachtete Wille des Kabinetts fest, nach dem Eintritten der Beschlüsse über Oberschlesien vom Amte zurückzutreten.

Die Besprechungen der Parteien haben dagegen ein anderes neues Element zutage gefördert. Es verstärkt sich

immer mehr die Auffassung, daß noch ein Versuch gemacht werden müsse, bei der Entente eine neue Abstimmung in Oberschlesien anzuregen. Man geht dabei von der Voraussetzung aus, daß bei der Abstimmung vom 20. März nur über die Frage „deutsch oder polnisch“, nicht aber über die Frage „geteilt oder ungeteilt“ entschieden werden sollte, und daß über diese zweite, jetzt brennend gewordene Frage erneut der Wille der ober-schlesischen Bevölkerung erforscht werden müßte. Man ist sich über die großen Widerstände klar, die eine solche amtliche deutsche Anregung beim Obersten Rat finden würde, dennoch ist ein Führer in dieser Angelegenheit auf privatem Wege bereits in London ausgespart worden.

Erwähnt sei auch eine Meldung eines amerikanischen Korrespondenten, der wissen will, die englische Regierung habe besonderes Interesse daran, daß die Partei von Dr. Stresemann in die Koalition eintrete, und die englische Regierung sei der Ansicht, es werde der Deutschen Volkspartei gelingen, Deutschland finanziell zu rehabilitieren. Der englische Botschafter habe die Hoffnung ausgesprochen, daß die Deutsche Volkspartei, falls sie in die Koalition eintrete, das Auswärtige Amt durch Dr. Stresemann besetzen lasse. Die „amerikanische“ Meldung, die Rücktritt und Kalkül durcheinanderbringt, muß man mit großer Vorsicht aufnehmen. Veto.

### Zum Tode Ludwigs III.

München, 19. Oktober.

Die Nachricht vom Ableben König Ludwigs hat, trotzdem sie nicht unerwartet kam, nicht allein in den monarchisch gesinnten Kreisen tiefe Trauer ausgelöst. Denn der Entschlafene erweist sich auch nach seinem Sturz großer Sympathien. Die Beisung wird in München an der Seite der verstorbenen Königin erfolgen.

Vierzehn Tage nach dem Ableben des Königs von Würtemberg ist auch König Ludwig von Bayern aus dem Leben geschieden. Der Tod erfolgte am 18. Oktober nachmittags 4 Uhr 30 Minuten auf der ungarischen Besichtigung zu Sarvar. Die Leiche wurde einbalsamiert und wird in einigen Tagen zur Beisung nach München übergeführt werden, wo sich auch die Mitglieder der Familie einfänden werden.

Der letzte König von Bayern hat ein hohes Alter erreicht. Er war am 7. Januar 1845 als ältester Sohn des Prinzen Luitpold und der Prinzessin Augusta von Toskana geboren. In seiner Jugend rechnete niemand mit der Möglichkeit, daß er einmal den bayerischen Thron bestiegen sollte, vielmehr nahm man eher an, daß er König von Griechenland werden könnte. Der erste König dieses von der Türkenherrschaft befreiten Landes war seit 1832 der bayerische Prinz Otto, in kinderloser Ehe vermählt mit einer Prinzessin von Oldenburg. Prinz Ludwig wurde von der Familie als möglicher Thronfolger in Aussicht genommen und lernte deshalb schon die neugriechische Sprache, aber die Aussicht verschlug sich, da König Otto von Griechenland im Jahre 1862 durch eine Revolution aus Athen vertrieben wurde. Im Alter von 21 Jahren nahm der Prinz Ludwig unter seinem Vater als Ordonanzoffizier an dem Kriege von 1866 teil und wurde in dem Gefecht von Helmstadt am 25. Juli durch einen Schuß in den rechten Oberschenkel schwer verwundet. Die Kugel konnte nicht entfernt werden, und der Prinz hinkte zeitlebens infolge der Verwundung; er schied auch aus dem aktiven Militärdienst aus. Er hat aber, wie die übrigen Mitglieder des Hauses Wittelsbach, sich in die neuen Verhältnisse gefunden, und war zeitlebens ein warmer deutscher Patriot.

Am 20. Februar 1868 vermählte sich der Prinz mit der damals achtzehnjährigen Erzherzogin Maria Theresia von Österreich. Nicht weniger als dreizehn Kinder sind der Ehe entsprossen. Noch während der Stürme des Weltkrieges im Jahre 1918, ein halbes Jahr vor dem Zusammenbruch, konnte er unter großer Teilnahme des Bayernvolkes das Fest der goldenen Hochzeit feiern. Die Schicksale des bayerischen Königs Hauses sind noch in aller Erinnerung. Am 13. Juni 1886 starb auf tragische Weise der hochbeachtete König Ludwig II. durch Selbstmord in

